

## Streit um alte Buchenwälder in Bayern

München – Greenpeace verlangt einen sofortigen Schutz für alte Buchen- und Laubwälder in Deutschland. Es dürften keine Bäume aus den mehr als 140 Jahre alten Beständen mehr geschlagen werden, bis die Forstwirtschaft zehn Prozent der öffentlichen Wälder nicht mehr nutzt. Dies habe die Bundesregierung 2007 festgelegt, erklärte die Umweltschutzorganisation am Donnerstag in München. Wertvolle alte Wälder dürften nicht dem Profit geopfert werden, sondern hätten einen Wert weit über den ökonomischen hinaus. Die UNESCO habe alte Buchenwälder in Deutschland gar als Weltkulturerbe anerkannt.

Bayerns Forstminister Helmut Brunner (CSU) bezeichnete die Forderung nach einem Einschlagstopp für alte Buchen- und Laubwälder als ökologischen Irrweg. „Die Menschen wollen nicht Totalschutzgebiete auf der einen Seite des Waldwegs und dafür umso intensiver bewirtschaftete Wälder auf der anderen Seite“, erklärte der Minister. Der Freistaat setze deshalb auf eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder auf ganzer Fläche, die Schutz und Nutzen miteinander vereine.

Auch die Bayerischen Staatsforsten, der Waldbesitzerverband und der Bauernverband wiesen die Greenpeace-Vorwürfe zurück. Es werde „nachprüfbar“ nicht mehr genutzt als nachwachsende, erklärten die Staatsforsten. Die Buchenbestände im bayerischen Staatswald würden



Greenpeace fordert den sofortigen Einschlagstopp für alle öffentlichen Buchen- und Laubwälder in Deutschland.

viele mehr immer älter. Seit 1999 nehme der Buchenbestand jährlich um rund 1000 Hektar zu. „Wir arbeiten darauf hin, dass es mehr wird“, sagte Sprecher Philipp Bahn Müller. Die Fläche solle in den nächsten 50 Jahren um rund die Hälfte zunehmen. Waldbesitzer und Bauernverband warfen Greenpeace vor, die Wälder vor ihren Eigentümern retten zu wollen, die sie seit Generationen bewirtschafteten, sei ignorant und haltlos. Greenpeace sieht hingegen in den vergangenen 20 Jahren eine dramatische Entwicklung bei der CO<sub>2</sub>-Aufnahme der deutschen Wälder, wie Martin Kaiser von der Umweltorganisation sagte.

## Massentötung nach Antibiotika-Fund

Günzburg/München – In Schwaben hat eine Massentötung von Schweinen begonnen, die mit Antibiotika belastetes Futter gefressen hatten. Im Landkreis Günzburg wurden am Donnerstag erste betroffene Tiere geschlachtet, wie eine Sprecherin des Kreises bestätigte. Der Verein „Tierfreunde“ kritisierte eine Tötung der insgesamt 11.900 betroffenen Schweine als „illegal“. Die Tiere seien weder krank, noch gehe von ihnen eine Ansteckungsgefahr aus. Der Verein will nach eigenen Angaben Strafanzeige gegen Bayerns Umweltminister Marcel Huber erstatten.

## Bezirksumlage soll 1,8 Punkte steigen

Bayreuth – 347 Millionen Euro umfasst der Haushaltsentwurf des Bezirks für 2012. Er sieht eine Erhöhung des Hebesatzes der Bezirksumlage um 1,8 Prozentpunkte vor. Dadurch müssten die Landkreise und kreisfreien Städte knapp zwölf Millionen Euro mehr an den Bezirk überweisen als 2011. Insgesamt soll die Bezirksumlage auf knapp 181 Millionen Euro ansteigen.

# Eine Chance für die Vielfalt

In einem Zehn-Punkte-Programm hat die FDP in Bayern ihre Eckpunkte für die politische Diskussion der kommenden Monate abgesteckt. Miriam Gruß, die Generalsekretärin, erläutert im Redaktionsgespräch einige Grundzüge.

Von Rainer Maier

Hof – Politik ist ein schnelllebiges Geschäft geworden. Das spürt auch die FDP-Generalsekretärin Miriam Gruß: „Kaum hat man ein Loch gestopft, reißt schon ein anderes auf. Manchmal hat man das Gefühl, man gerät von einer Krise direkt in die nächste.“ Doch genau dieser Jagd hinter immer neuen Sachzwängen her müsse sich Politik entgegenstellen. Deshalb die landespolitische Standortbestimmung und die Formulierung von Leitgedanken, die weiter tragen sollen als bis zur nächsten SMS aus München oder Berlin.

„Wir sind die erste Politiker-Generation“, sagt die 36-jährige Augsburgerin, „die nicht vor der Wahl mit dem Scheckbuch herum geht und Staatsgelder nach dem Gießkannen-Prinzip verteilt.“ Investitionen, be-

„Kinderlärm ist Zukunftsmusik.“

Miriam Gruß

tont sie, müssten „klug“ und „zukunftsorientiert“ sein. Bildung und Forschung stünden hier ganz oben, auch der Ausbau der Infrastruktur.

Hier darf man einhaken, denn Oberfranken droht mit der ungewissen Zukunft der Fluglinie nach Frankfurt ein Stück Verkehrsinfrastruktur wegzubrechen. „Diese Linie ist noch nicht gestorben“, sagt Gruß. „Martin Zeil, unser Wirtschaftsminister, ist mit vielen Gesprächspartnern in Kontakt. Es gilt dabei vor allem, die Wirtschaftlichkeit im Blick zu haben.“

Wer verantwortungsvoll Politik

### Zur Person

Die 36-jährige Miriam Gruß ist im Februar 2009 zur Generalsekretärin der bayerischen FDP gewählt worden. Seit 2005 ist die Augsburgerin Abgeordnete im Bundestag und fungiert dort als familienpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, in deren Führungsspitze sie auch von 2009 bis 2011 das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden inne hatte. Die Diplom-Politologin, die einige Jahre als freie Wirtschaftsberaterin in München gearbeitet hat, ist verheiratet und hat einen Sohn.



„Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen“: Auch die Generalsekretärin der bayerischen FDP, Miriam Gruß aus Augsburg, will den Freistaat bis 2030 schuldenfrei sehen.

Foto: Hermann Kauper

betreibe, brauche aber „immer einen Plan B“. Sollten also die Bemühungen scheitern, dann müssten die für die Fluglinie vorgesehenen Gelder unbedingt in der Region bleiben und hier anderweitig investiert werden. Das könnten andere Infrastrukturbereiche sein, etwa der schnelle Breitband-Ausbau oder die zügige Elektrifizierung der Bahn von Hof in Richtung Süden. „Da gibt es verschiedene Optionen, es sind noch

nicht alle Bereiche zu Ende geprüft.“ Investitionen seien zum Beispiel auch nötig in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und – für Miriam Gruß ebenso wichtig – die Vereinbarkeit von Familie und Pflege. Denn nicht nur für berufstätige Eltern müssten Kinderbetreuungseinrichtungen vorhanden sein, auch für pflegende Angehörige brauche man zum Beispiel Senioren-Tagesstätten. „Oberstes Prinzip muss es sein, die

Pflege zuhause zu ermöglichen, um dadurch den Zusammenhalt der Generationen zu festigen.“

Gleichzeitig müsse man jungen Familien Hilfestellung geben. „Wir tun das, aber leider geht manches in der politischen Diskussion ein wenig unter.“ So unterstütze die schwarzgelbe Bundesregierung seit dem 1. Januar den Kinderschutz durch die „Familien-Hebamme“ – und habe dafür bis 2015 insgesamt 177 Millionen Euro eingeplant. „Ein anderes wichtiges Signal“, sagt die familienpolitische Sprecherin der FDP im Bundestag, „war die Änderung des Bundesemissionsschutzgesetzes: Zum ersten Mal werden nicht mehr Industrielärm und Kinderlärm gleichgesetzt.“

Schon 1998, bei ihrem ersten Landtags-Wahlkampf in Augsburg, hatte Miriam Gruß auf ihr Wahlplakat geschrieben: „Kinderlärm ist Zukunftsmusik.“ Heute steht in ihren Reden ein anderer zentraler Satz: „Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen.“ Schuldenabbau bleibe für die bayerische FDP ein wichtiges Thema. Deshalb habe sie sich gefreut, sagt Gruß mit Augenzwinkern, dass Ministerpräsident Horst Seehofer, CSU, nach der Klausur in Kroher „verkündete, was die FDP schon beim letzten Landesparteitag beschlossen hatte: die Schulfreiheit Bayerns bis zum Jahr

„Wir müssen Bayern als Gesamtheit im Blick haben.“

FDP-Generalsekretärin Miriam Gruß

2030“. Kein leicht zu erreichendes Ziel: „Allein schon die Schuldenuhr langsamer ticken zu lassen, ist eine Kraftanstrengung sondergleichen.“ Und schwierig sei es auch, Schuldentilgung zu tun und kluge Zukunftsinvestitionen nicht zu lassen.

„Wir müssen dabei Bayern als Gesamtheit im Blick haben“, sagt Gruß. „Ob Stadt oder Land, wir wollen allen in ihrer Vielfalt eine Chance geben.“ Die umstrittenen Äußerungen des Zukunftsrats aus dem vergangenen Jahr, der die Konzentration staatlicher Förderung auf Kernregionen forderte und manche Landstriche praktisch abgeschrieben hatte, beinhalte „Vorschläge, die die bayerische FDP nicht weiter verfolgen wird, weil sie nicht unseren Leitlinien entsprechen.“

Ihre Partei, betont die Generalsekretärin, habe der bayerischen Politik seit ihrer Beteiligung an der Staatsregierung einen „Modernisierungsschub“ verpasst. 17 Prozent der Bürger, so zitiert sie Umfragen, seien mit der Arbeit der FDP zufrieden.

Aus diesen Zustimmung-Prozenten Wähler-Prozente zu machen, das wird für Miriam Gruß die große Herausforderung in den Monaten bis zur Landtagswahl. Und die ist im Herbst 2013.

## Umschau

### Rauchverbot gilt auch in Raucherclubs

München – Das strikte Rauchverbot in Bayerns Gastronomie gilt auch für Rauchervereine und Raucherclubs. Dies hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof in München in einer am Donnerstag veröffentlichten Entscheidung klargestellt (Aktenzeichen: Vf. 26-VII-10). Mit einer Popularklage hatte ein Antragsteller Ausnahmen durchsetzen wollen. Gaststätten und Vereinsräume, zu denen nur eine abgrenzbare Personengruppe Einlass erhalte, seien nicht öffentlich zugänglich, sagte er. Die Richter aber erklärten, die strenge gesetzliche Regelung solle Besucher von Gaststätten vor den Gefahren des Passivrauchens schützen und diene damit einem legitimen Zweck.

### US-Armee zieht sich aus Bamberg zurück

Bamberg – Die US-Armee wird ihre Standorte Schweinfurt und Bamberg aufgeben. Das teilten die Oberbürgermeister Sebastian Remel und Andreas Starke am Donnerstagabend nach einem Gespräch mit hochrangigen US-Militärs in Ansbach mit. Der Rückzug soll über eine Zeit von zwei bis drei Jahren gestreckt werden. In Schweinfurt sind 10.000, in Bamberg 8.000 US-Soldaten samt Familienangehörigen stationiert. Betroffen von den Standortschließungen sind in beiden Städten außerdem mehrere hundert deutsche Zivilbeschäftigte. Dagegen bleibt Ansbach vom US-Sparprogramm weitgehend verschont. Die Stadt wird dauerhafter Standort sein.

### Friedrich sagt Bundespolizei mehr Personal zu

München – Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, CSU, hat der bayerischen Bundespolizei mehr Personal in Aussicht gestellt. „Wir haben insgesamt im Bereich der Bundespolizei in Deutschland Neueinstellungen“, sagte Friedrich am Donnerstag in der Münchner Bundespolizeidirektion.

Auch für Bayern werde ein Anteil dabei sein. Konkrete Zahlen sowie ein genaues Datum nannte Friedrich allerdings nicht. „Wir haben mit ihm sehr offen über die Dinge gesprochen, wo wir Verbesserungsbedarf sehen“, sagte der Präsident der Münchner Bundespolizei, Hubert Steiger.



H.-P. Friedrich

### 33 Jugendliche durch Tierabwehrspray verletzt

München – In einer Lehrwerkstatt der Deutschen Bahn in München hat ein 18-jähriger Auszubildender aus reinem Jux ein Spray zur Tierabwehr versprüht und dadurch 33 andere Lehrlinge leicht verletzt. Sie klagten unter starken Reizungen der Schleimhäute und Atemwege, teilte die für die Bahn zuständige Bundespolizei am Donnerstag in München mit. Während die meisten jungen Leute aus der Elektronikklasse nach dem Vorfall vom Mittwoch nur kurze ärztliche Betreuung brauchten, musste eine 16-Jährige wegen heftiger Symptome in ein Krankenhaus gebracht und dort wegen Kreislaufproblemen bis in die Abendstunden beobachtet werden. Nach ersten Erkenntnissen der Beamten wollte der Täter nur Spaß machen. Er hatte das Spray aus dem unverschlossenen Fach einer 17-jährigen Kollegin genommen.

### Bub sperrt Mutter bei eisiger Kälte auf Balkon aus

Augsburg – Ein kleiner Bub hat seine Mutter mit zwei Freundinnen auf dem eiskalten Balkon ausgesperrt. Die drei Frauen waren am Donnerstag zum Rauchen nach draußen gegangen. Der Zweijährige blieb in der warmen Wohnung und machte die Balkontür zu, berichtete die Feuerwehr in Augsburg. Weil der Knirps die Tür nicht wieder öffnen konnte, alarmierten die frierenden Frauen den Rettungsdienst. Die Helfer öffneten die Wohnungstür und ließen das Raucherinnen-Trio wieder in die warme Stube.

## Brutaler Vergewaltiger steht vor Gericht

Nürnberg – Im Prozess um die sadistische Vergewaltigung zweier junger Frauen durch einen vorbestraften Sexualstraftäter haben der Vater und die Psychotherapeutin eines der Opfer die Folgen der Tat geschildert. Seine heute 21-jährige Tochter sei vor dem Überfall im Oktober 2010 lebenslustig und gesellig gewesen, danach aber völlig verängstigt und unfähig, alleine zu schlafen oder unter Menschen zu gehen, sagte der 51-jährige Vater am Donnerstag vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth. „Es war eine schlimme Zeit“, erklärte er. Inzwischen gehe es aber in kleinen Schritten wieder vorwärts.

Die Therapeutin beschrieb ihre Patientin als einen Menschen mit dem starkem Willen, sich das Leben nicht nehmen zu lassen. Dennoch werde es wohl noch viele Sitzungen brauchen, bis sie das Geschehene verarbeitet habe. Die 21-Jährige leide noch immer unter einer posttraumatischen Belastungsstörung mit Alpträumen und sogenannten Flashbacks, bei denen sie das Geschehene immer wieder durchlebe. Gleichzeitig sei sie völlig emotions-

los. „Sie wundert sich, warum sie nicht wütend oder traurig ist und bisher nicht weinen konnte“, sagte die Ärztin.

Zuvor hatte die 21-Jährige unter Ausschluss der Öffentlichkeit und des Angeklagten selbst zu ihrer Situation ausgesagt. Ihre Anwältin erklärte im Anschluss, ihre Mandantin habe die etwa 15-minütige Vernehmung nur mit Mühe und Not überstanden, sie habe davor und danach stark gezittert.

Der wegen Vergewaltigung mit Geiselnahme sowie sexueller Nötigung und vorsätzlicher Körperverletzung angeklagte 49-jährige, bereits vorbestrafte Sexualstraftäter hatte zum Prozessauftakt ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er hatte zugegeben, am 12. Oktober 2010 zuerst die 21-Jährige und am 18. Oktober eine 23-jährige Krankenschwester auf Parkplätzen in Nürnberg und Neumarkt überfallen, vergewaltigt und sadistisch gequält zu haben. Die 23-Jährige verschleppte er bis nach Glücksburg an der Ostsee. Dort war ihr die Flucht gelungen, als sie einen Asthmaanfall vortäuschte.

## Allianz gegen Rechts fordert mehr Härte

Nürnberg – Nach Ansicht der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg werden Übergriffe von Neonazis von bayerischen Behörden zu selten als rechtsextremistische Attentate eingestuft. „Diese Einstufung durch die Behörden ist aber wichtig, damit Opfer rechter Gewalt beim Bundesamt für Justiz Entschädigungen einfordern können“, sagte Vorstandsmitglied Suzi Streckel gestern in Nürnberg.

Im Zeitraum 2003 bis 2009 sind nach ihren Angaben beim Bundesamt für Justiz rund 800 Anträge gestellt worden, lediglich zwölf davon seien aus Bayern gewesen. „Und von diesen zwölf wurde ein Drittel wegen Formfehlern abgelehnt“, fügte Streckel hinzu. Dies sei „absolut haltlos und ein blanker Hohn für die Opfer“.

Die Allianz fordert ein schärferes Vorgehen von Polizei, Politik und Justiz gegen Neonazis und einen besseren Opferschutz. Auch Schützen- und Kampfsportvereine müssten besser kontrolliert werden. „Dies sind oftmals Orte, an denen sich Neonazis Zugang zu Waffen oder Waffenschein verschaffen.“



Die Allianz gegen Rechts will, dass Neonazis künftig nicht mehr bewirtet werden.

soll dieses Thema in Kürze erörtert werden. Die Allianz gegen Rechtsextremismus will außerdem erreichen, dass Neonazis in den Gaststätten und Hotels in der Metropolregion Nürnberg nicht mehr bewirtet werden.